

**Sperrfrist: 27. Oktober 2015, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **PRESSESTATEMENT**

von

**Anton F. Börner**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

***Made in Germany unter Druck?***

**Berlin, 27. Oktober 2015, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**



Sehr geehrte Damen und Herren,

der deutsche Außenhandel hat in der ersten Hälfte dieses Ausnahmejahres 2015 sämtliche Erwartungen übertroffen. Trotz zahlreicher Stolpersteine und offener Baustellen sind wir auch für die kommenden Monate zuversichtlich, so dass wir aller Voraussicht nach in diesem und auch im nächsten Jahr weiter auf Rekordjagd gehen werden. Dies ist allerdings auch dringend notwendig angesichts der gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir hierzulande stehen. Dabei dürfen wir uns nicht von den schönen Zahlen täuschen lassen. Sie sind insbesondere auch dem billigen Euro infolge der Geldpolitik der EZB geschuldet, deren langfristig negative Nebenwirkungen noch nicht zum Vorschein treten. Mit besonderer Sorge sehe ich dabei das Auseinanderdriften in Europa. In der nach wie vor ungelösten Euroschuldenkrise wurde in den vergangenen Monaten greifbar, wie stark die Fliehkräfte sind. Die Flüchtlingswelle mit den damit verbundenen Herausforderungen für Europa, für seine Mitgliedsstaaten, seine Politiker und seine Gesellschaften wirkt wie ein Brandbeschleuniger - obwohl kein Land alleine die zentralen Herausforderungen wie die Flüchtlingskrise alleine lösen kann.

Meine Damen und Herren,

kommen wir zunächst zu den guten Nachrichten: Für das Gesamtjahr 2015 gehen wir nunmehr davon aus, dass sich die Ausfuhren um bis zu 6 Prozent auf 1.191 Milliarden Euro und die Einfuhren um 4 Prozent auf 947 Milliarden Euro erhöhen werden. Damit erreichen sowohl die Aus- als auch die Einfuhren neue Rekordwerte.

Die positive Entwicklung im ersten Halbjahr beruht nicht mehr auf der Nachfrage aus den Schwellenländern und insbesondere nicht auf der Nachfrage aus den BRIC-Staaten. Vielmehr waren wieder unsere traditionellen Absatzmärkte in der EU und außerhalb die Wachstumstreiber dieser Entwicklung.

Die deutschen Exporte stiegen im ersten Halbjahr insgesamt um 6,9 Prozent auf 595 Milliarden Euro und die Importe um 2,9 Prozent auf 471 Milliarden Euro. Zwar hat die Bedeutung Europas und der Eurozone als Absatzmarkt für deutsche Produkte über die letzten Jahrzehnte schrittweise abgenommen, es handelt sich aber immer noch in der Summe um unseren mit Abstand größten Kunden. Ein Anstieg der Exporte in Höhe von 4,8 Prozent im ersten Halbjahr ist daher umso erfreulicher. Die Nachfrage stammt dabei gleichermaßen aus Spanien, Portugal, Italien und sogar aus

Frankreich, unserem auch weiterhin wichtigsten Absatzmarkt. Gleichwohl liegt noch ein langer Weg mit vielen Untiefen vor uns. Es bleiben die Zweifel hinsichtlich der notwendigen Strukturreformen, denn die Wachstumsmotoren waren insbesondere der günstige Euro und die niedrigen Rohstoffpreise.

Im ersten Halbjahr wurden 8,2 Prozent mehr deutsche Produkte in diese Drittländer verkauft als noch im selben Zeitraum des Vorjahres. Bemerkenswert ist hierbei eben, dass die Nachfrage nicht mehr aus den BRIC-Staaten stammt. Vielmehr ist in diesen Ländern eine Ernüchterung eingetreten. Die Ausfuhren nach Brasilien sind um 2,5 Prozent zurückgegangen, die Ausfuhren nach Russland sind sogar um 31 Prozent eingebrochen und das Wachstum der Ausfuhren nach China hat sich auf 0,8 Prozent abgekühlt. Lediglich mit Indien verzeichnet Deutschland einen Anstieg der Ausfuhren um 19,3 Prozent. Wachstumstreiber waren in erster Linie unsere klassischen Handelspartner wie die USA. Hier sind die Ausfuhren um fast 24 Prozent gestiegen. Aber auch auf dem afrikanischen Kontinent haben die deutschen Unternehmen mit einem Plus von 12,8 Prozent deutlich mehr verkauft als noch im Vorjahr.

Einerseits ist diese Entwicklung erfreulich, zeigt sie doch, wie breit die deutsche Wirtschaft aufgestellt ist. Allerdings sind für eine langfristig positive Entwicklung auch starke Schwellen- und Entwicklungsländer unerlässlich, denn dort sind unsere Kunden von morgen. Und trotz der positiven Entwicklung im ersten Halbjahr gilt es festzuhalten, dass die Anzahl der konjunkturellen Stolpersteine eher noch zu- denn abnimmt, wie die jüngsten Entwicklungen in China zeigen, die wir mit Sorge beobachten. Gleichwohl besteht aber auch keinen Grund für Zurückhaltung, da die wirtschaftliche Entwicklung Chinas durchaus auch ein natürlicher Reifungsprozess einer Volkswirtschaft ist. Wenn China jedoch seine eigenen Probleme exportiert, geht das an der deutschen Exportwirtschaft nicht spurlos vorüber, denn die Abhängigkeiten in der Weltwirtschaft sind höher denn je. Vielmehr müssen wir uns darauf einstellen, dass die Weltwirtschaft langsamer wachsen wird.

Was die Warenstruktur angeht, so gibt es hier weder bei den Exporten noch bei den Importen wesentliche Änderungen. Mit über 112 Milliarden Euro wurden im ersten Halbjahr jedoch 11 Prozent mehr Kraftwagen und Kraftwagenteile verkauft als im Vorjahr. Der Maschinenexport stieg um 2 Prozent auf 84 Milliarden Euro und der Export chemischer Erzeugnisse um 1 Prozent auf 55 Milliarden.

Einfuhrseitig waren Datenverarbeitungsgeräte mit 48 Milliarden Euro das wichtigste Importgut vor Kraftwagen mit über 47 Milliarden Euro, Chemische Erzeugnisse mit 38 Milliarden Euro und den fossilen Brennstoffen mit 32 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren,

mit einer ultralockeren Geldpolitik hat die EZB Europa Zeit gekauft, um die notwendigen tiefgreifenden Strukturreformen anzugehen. Doch anstatt zu handeln, verweigern die Politiker in einigen Ländern ihre Arbeit. Gleichzeitig läuft diese Politik des billigen Geldes Gefahr in einer Abwertungsspirale mit anderen Währungen zu münden, die in der Geschichte noch nie gut ausgegangen ist. Die ersten Anzeichen für eine solche Abwertungsspirale sind schon heute in einigen ostasiatischen Ländern zu erkennen. Darüber hinaus fällt der günstige Euro zusammen mit einem niedrigen Ölpreis und niedrigen Rohstoffpreisen, so dass die Teuerungseffekte auf der Importseite nicht spürbar sind bzw. den dort negativen Wechselkurseffekt überkompensieren.

Mit großer Sorge beobachten wir auch weiterhin die desaströse Situation in Russland. Russland hat viel Porzellan zerschlagen. Es ist ein gewaltiger Vertrauensschaden bei den Unternehmen entstanden, der auch dann nicht wieder einfach so verschwindet, wenn der Konflikt mit der Ukraine beigelegt wird. Es wird Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis das Vertrauen in Russland wieder hergestellt sein wird. Dabei ist eine Lösung des Konflikts in keiner Weise absehbar.

Made in Germany muss sich aber nicht nur mit einer sich dahinziehenden Russlandkrise auseinandersetzen. Vielmehr sind eine Fülle neuer Krisenherde entstanden oder es haben sich bestehende Krisenherde ausgeweitet, etwa im arabischen Raum. Lange Zeit war der arabische Raum einer der interessantesten Absatzmärkte für deutsche Produkte. Mit den sicherheitspolitischen Risiken und dem niedrigen Ölpreis hat sich dies jedoch radikal verändert. Große Hoffnungen setzen wir daher auch auf eine Öffnung des iranischen Marktes im kommenden Jahr.

Hingegen wurden über viele Jahre hinweg in einer Reihe von lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern die strukturellen Probleme gerade durch die hohen Einnahmen aus den Rohstoffverkäufen überlagert. Sie treten nun zu Tage und wirken sich negativ auf den deutschen Außenhandel aus, selbst wenn der Ruf von Made in Germany noch intakt ist.

Keinen nachhaltigen Schaden für den guten Ruf deutscher Produkte sehe ich im Übrigen durch den VW-Skandal. Die deutsche Wirtschaft besteht glücklicherweise nicht nur aus einem großen Autokonzern sondern aus einer Vielzahl überwiegend mittelständischer Unternehmen, die davon nicht betroffen sind. Made in Germany ist die Summe vieler Produkte und Dienstleistungen. Natürlich gehen die Vorgänge um VW nicht spurlos an den ausländischen Kunden vorbei. Nur mit einer restlosen Aufklärung lässt sich ein Imageschaden für den Standort Deutschland vermeiden.

Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA gewinnt auch in diesem Zusammenhang noch einmal an Bedeutung. Nicht nur, dass die Wertewelt zwischen den USA und Europa fast deckungsgleich ist, was in Bezug auf viele andere Regionen der Welt nicht der Fall ist, wie wir gerade bitter feststellen müssen.

Diejenigen, die die Sorge vor einer Absenkung der Standards für den Verbraucherschutz umtreibt, sollten wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass die jüngsten Skandale in der deutschen Wirtschaft durch US-amerikanische Ermittler aufgedeckt wurden. So schlecht kann es da mit den Schutzstandards in den USA nicht bestellt sein.

Wichtig ist, dass wir wieder zu einer faktenbasierten Debatte zurückkehren. Dabei gilt es immer und immer wieder daran zu erinnern, dass die Europäische Union ihren Wohlstand zum großen Teil dem freien Handel verdankt. Die Geschichte zeigt, dass eine Politik des Protektionismus bisher immer gescheitert ist.

Wir sollten wieder mehr über die Chancen von TTIP sprechen. Gerade in Zeiten unsicherer Märkte aufgrund verschiedener internationaler Krisenherde sollte uns klar werden, dass stabile Handelsbeziehungen mit den USA von besonderer Bedeutung für die europäische Gesellschaft sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Made in Germany kommt derzeit noch aus einer anderen Richtung unter Druck.

Damit bin ich bei dem Thema, das niemand derzeit ausklammern kann und das alles überlagert: die Art und Weise, wie wir in Deutschland mit der Flüchtlingsproblematik umgehen, hat natürlich auch Konsequenzen für die Wahrnehmung Deutschlands im Ausland.

Das so viele so schnell kommen würden, konnte niemand vorhersehen, auch die Bundesregierung nicht. Es war eine kluge Entscheidung, dass die Bundeskanzlerin das Problem jetzt zur Chefsache gemacht hat und die Flüchtlingskoordination dem

Chef des Bundeskanzleramtes Peter Altmaier sowie Staatsminister Helge Braun übertragen hat, auch um das Innenministerium zu entlasten. Ich bin überzeugt, dass - zusammen mit der Personalentscheidung, mit Frank-Jürgen Weise einen brillanten Organisator für die Umsetzung an Bord zu holen, der seine Eignung und Fähigkeit bereits bei der erfolgreichen Reform der Bundesagentur für Arbeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat -, wir die Lage organisatorisch wieder in den Griff bekommen.

Fakt ist, die Menschen sind da und wir müssen uns der Frage stellen und das Beste daraus machen. Eine Ausgrenzung kann langfristig keine Lösung sein. Es gilt jede Form einer "Banlieu-Situation" und Ghettobildung wie in Frankreich unbedingt zu vermeiden, denn sie sind Brutstätten des Fundamentalismus und des Hasses.

Wir sind uns mit der Bundesregierung völlig einig, dass dazu zunächst die Asylverfahren erheblich beschleunigt werden müssen und abgelehnte Asylanten sofort abgeschoben werden müssen. Dies erfordert hohe finanzielle Aufwendungen von hunderten Millionen Euro für die dazu notwendige Infrastruktur und Personal.

Ebenso teilen wir die Ansicht der Bundesregierung, dass, wenn diese große Integrationsleistung der bereits vorhandenen Flüchtlinge gelingen soll, dafür gesorgt werden muss, dass die Flüchtlingsströme versiegen. Hier muss bei den Herkunftsländern ebenso angesetzt werden wie bei den unterfinanzierten internationalen Hilfsprogrammen und Ländern wie der Türkei.

Tatsache ist auch, dass diejenigen, die jetzt bereits hier sind, nur sehr eingeschränkt das hiesige Fachkräfteproblem lösen werden und dass deren Integration Aufgabe für mehr als ein Jahrzehnt sein wird. Es sind jetzt schon zu viele, wobei diese Menschen nicht Täter sind, sondern Opfer! Auch von der Qualifikation her sind dies nicht die Leute, die die Wirtschaft braucht. Zwar sind auch Ärzte und Ingenieure darunter, aber eben nur einer von Hundert. Hinzu kommt, dass 99 Prozent kein Deutsch sprechen und wer sich nicht verständigen kann, kann sich auch nicht integrieren!

Deshalb müssen verbindlich Sprachkurse für alle Altersstufen mit Prüfungen absolviert werden.

Dringend notwendig ist auch die kulturelle Integration. Dazu bedarf es des Sozialkundeunterrichts für alle Asylanten, um die nicht verhandelbaren Werte und Grundlagen unseres Staates auf dem Fundamente des Grundgesetzes zu unterrichten. Besonders ohne die kulturelle Akzeptanz, dass bei uns Religion und

Staat getrennt sind und es so bleiben muss, ist eine Integration in Arbeitsprozesse nicht möglich!

Schließlich muss die fachliche Qualifikation verbessert werden. Hier befinden sich Wirtschaft und Politik bereits in einem konstruktiven Dialog. Einige Punkte, die mir besonders wichtig erscheinen, möchte ich kurz erwähnen. Notwendig sind

1. wegen der Sprachproblematik die Bildung von Schwerpunkt-Berufsschulen; evtl. auch zu trennen nach Volksgruppen: Syrer - Kurden - Afghanen - Eritreer – etc.
2. eine Plattform, die die Schule und ausbildungsbereite Betriebe überregional, auch länderübergreifend miteinander vernetzt.
3. eine Beratungsplattform für die Asylanten und die Betriebe zu schaffen, damit Probleme angesprochen und dann schnell gelöst werden können (z.B. wie geht man im Betrieb mit religiösen, ethnischen Problemen um, Frauen-Männer-Beziehungen; Ernährungsfragen etc.)
4. ehrenamtliche Lehrer und Ausbilder in den Betrieben zu rekrutieren
5. an die geringere Produktivität angepasste Vergütungen für Azubis zu vereinbaren oder, wenn man das nicht will, eine Kompensation durch den Staat an die Betriebe.
6. für die Ehrenamtsträger steuerlich die eigenen Kosten - Fahrt, Sonstiges - in voller Höhe absetzbar zu gestalten
7. Vergütungen für pensionierte Ehrenamtsträger nicht von der Rente oder ähnl. abzuziehen. Das muss ein zusätzlicher Anreiz bzw. eine Art "Danke schön" sein und bleiben; d.h. der Einzelne muss sehen, dass die Gesellschaft das Engagement honoriert.
8. in den Medien auf den wichtigen Dienst positiv hinzuweisen, um das Selbstverständnis zu heben und in der Gesellschaft eine tragende Atmosphäre zu schaffen.
9. Runde Tische zu organisieren, wo interdisziplinär ein Gedankenaustausch zwischen Lehrern, Ausbildern in den Betrieben, Betriebsräten aber auch Vertretern der Religionen und Sicherheitskräften gepflogen werden kann.



10. dass keine beteiligte Gruppe sich alleingelassen vorkommt. Man muss wissen, wo man schnell Rat und Hilfe bekommt.

Darüber hinaus unterstützen wir nachdrücklich die BDA-Forderung „3 plus 2“, also Betrieben, die Flüchtlinge ausbilden, Planungssicherheit zu geben für die gesamte Dauer der Ausbildung und eine Anschlussperspektive zu geben. Denn machen wir uns nichts vor, jeder Auszubildende kostet Geld.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

Die einmalige Erfolgsgeschichte Made in Germany ist unter Druck, darüber dürfen wir uns von den guten Zahlen nicht täuschen lassen. Zudem bewegen wir uns auf einem Weg, der mit konjunkturellen Stolpersteinen nur so gepflastert ist.

Deutschlands Gesellschaft ist auf den Außenhandel und die weltweite Präsenz seiner Wirtschaft auf Gedeih und Verderb angewiesen und somit vom guten Ruf seiner Produkte und Leistungen abhängig, aber in gleicher Weise auch vom guten Ruf als offenes, freundliches und demokratisches Land.

Wer diesen Ruf gefährdet muss wissen, dass er damit gerade der deutschen Bevölkerung immens schadet, da dann die Wirtschaftsleistung nicht mehr erbracht werden kann, die das Land für die Finanzierung seiner Renten, der Versorgung der Kranken und der Arbeitslosen dringend braucht.

Jede Form von Nationalismus, Abschottung und Protektionismus führt mindestens zu einem spürbaren Absinken des Wohlstands, zu Arbeitslosigkeit und langfristig zu Altersarmut.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!